

TTIP – Transatlantischer Freihandel, Chance oder Risiko?

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein Freihandelsabkommen, das derzeit zwischen der EU und der USA ausgehandelt wird.

Worum geht es genau?

Der Vertrag soll Vorschriften und Regeln in der Wirtschaft Europas und der USA langfristig so gestalten, dass sie besser zusammenpassen. Bei den Verhandlungen geht es in erster Linie darum, Zölle und andere unnötige Handelsbarrieren im transatlantischen Handel zwischen der EU und den USA abzubauen. Zudem sollen Investitionssicherheit und Wettbewerbsgleichheit verbessert und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen auf allen staatlichen Ebenen vereinfacht werden. Die Verhandlungen laufen seit Juli 2013.

Was haben wir davon?

Deutschland als Exportnation lebt u.a. davon, seine Industrieprodukte in die ganze Welt zu verkaufen. Mit TTIP könnte das größte Freihandelsabkommen der Welt entstehen. Grundsätzlich verfolgt die SPD deshalb das Ziel, das Freihandelsabkommen mit den USA zu einem Erfolg zu führen.

Was spricht dagegen?

Mit dem Freihandelsabkommen verbinden sich ebenso Risiken. Die Vorbehalte und Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger müssen sehr ernst genommen werden. Im April 2015 waren Zehntausende gegen TTIP auf den Straßen unterwegs.

Welche Position hat die SPD?

Gemeinsam mit dem DGB hat die SPD u.a. folgende Kriterien für die Fortführung der Verhandlungen aufgestellt:

Die Verhandlungen um ein Freiheitsabkommen müssen transparent sein, um eine öffentliche Debatte zu ermöglichen.

Das Freiheitshandelsabkommen darf Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden.

Das Schutzniveau muss nicht nur gewahrt, sondern vielmehr noch weiter verbessert werden.

Durch die Abschaffung von Zöllen entstehen der EU große Einnahmeverluste, da täglich Waren im Wert von ca. 2 Mrd. Euro den Weg über den Atlantik gehen. Diese müssen ausgeglichen werden.

Unsere Parlamente und Regierungen müssen bei politischen Entscheidungen weiterhin die wichtigste Rolle spielen und nicht irgendein „Regulierungsrat“.

Die Einrichtung von privaten Schiedskommissionen oder einer sonstigen Sondergerichtsbarkeit soll nicht im Freihandelsabkommen verankert sein. Für juristische Auseinandersetzungen bleiben ausschließlich die nationalen Gerichte zuständig.

Ich finde es darf nicht sein, dass Konzerne Staaten auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagen könnten, wenn ihre Gewinnpläne von politischen Entscheidungen durchkreuzt werden.

Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland muss genauso gewahrt bleiben wie unsere Kulturförderung (Rundfunkabgabe, Filmabgabe, Buchpreisbindung, etc.). Es darf keinen Zwang geben Gesundheit, Bildung, Energie, Verkehr und Wasser zu privatisieren. Sie müssen vielmehr bezahlbar bleiben.

Fazit:

Es gibt noch viel zu bedenken, damit TTIP wirklich zu erhofftem Wohlstand und Beschäftigung führt. Daher ist es dringend notwendig, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger informieren und mitdiskutieren. Wenden Sie sich z.B. an ihre Bundestags- oder Europaparlamentsabgeordneten, die am Ende über TTIP entscheiden werden.



Von Elke Leschinski und Alexander Deierling